



### Presseschau vom 16.06.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### **Außer der Reihe – Lesetipps:**

##### **Nikolaj Jolkin: Mit US-Soldaten soll Trump auch Atomwaffen aus Deutschland mitnehmen – RLS-Büroleiterin in Moskau**

Kerstin Kaiser, Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau, hat den geplanten teilweisen Abzug der in Deutschland stationierten US-Soldaten als ein vergiftetes Geschenk von Trump an die deutsche Friedensbewegung bezeichnet. Ihr zufolge geht es nicht darum, weniger Militärmaterial auf deutschem Boden zu stationieren und nicht um Abrüstung. ...  
<https://de.sputniknews.com/politik/20200616327382583-us-truppenabzug-kaiser/>

##### **Tilo Gräser: „Friedensgutachten 2020“: Warnung vor Pandemiefolgen – und Verständnis für „Defender 2020“**

Seit 1987 stellen bundesdeutsche Friedensforscher jährlich das „Friedensgutachten“ vor. Längst ist es vom kritischen Kurs an Militarisierung und Aufrüstung abgekommen und wird von seinen heutigen Herausgebern als Instrument der Politikberatung verstanden. Sie haben nur noch Empfehlungen für die Bundesregierung, so auch mit der aktuellen Ausgabe. ...  
<https://sptnkne.ws/CG5b>

##### **Natalja Dembinskaja: US-Wirtschaft: Man spricht offiziell von Rezession sondergleichen**

Die amerikanische Wirtschaft fällt und fällt. Erstmals seit zwölf Jahren ist die Industrieproduktion eingebrochen, die Arbeitslosigkeit wächst. Selbst offizielle Einrichtungen sprechen inzwischen von einer Rezession, die noch schlimmer werden könnte, als der

Konjunkturreinbruch in der Finanzkrise 2008. ...

<https://sptnkne.ws/CG9F>

#### **abends/nachts:**

##### **de.sputniknews.com: Russische Jäger fangen US-Bomber über Ostsee ab**

Zwei Su-27-Jäger der Marine-Fliegerkräfte der Baltischen Flotte mussten zum Abfangen abheben, nachdem die diensthabenden Kräfte des Wehrbezirks West strategische Bomber vom Typ B-52H der US-Luftwaffe über neutralem Gewässer der Ostsee geortet hatten.

Wie das Verteidigungsministerium in Moskau am Montag mitteilte, wurden die beiden Bomber von Aufklärungsmaschinen anderer Nato-Länder begleitet.

„Eine Verletzung der Staatsgrenze Russlands wurde nicht zugelassen. Die Flüge der russischen Jäger erfolgten in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Regeln für die Nutzung des Luftraumes“, hieß es in Moskau.

Strategische und Aufklärungsflugzeuge der US- und der Nato-Luftwaffe absolvieren ihre Einsätze über der Ostsee im Rahmen der Übung Baltops-2020.

##### **de.sputniknews.com: Deutschland muss zahlen: Trump droht nun offiziell mit Abzug von US-Truppen**

Der amerikanische Präsident Donald Trump hat am Montag vor Journalisten offiziell sein Vorhaben bestätigt, US-Truppen in Deutschland massiv abzuziehen. Als Grund nannte Trump Deutschlands angebliche Schulden vor der Nato. Um den Truppenabzug zu verhindern, muss Berlin Trump zufolge Geld zahlen.

Trump kündigte an, die Anzahl der in Deutschland stationierten US-Soldaten von gut 34.500 US-Soldaten auf 25.000 zu reduzieren.

Trump und sein bisheriger Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, hatten im vergangenen Jahr ebenfalls mit einem Abzug gedroht. Begründet wurde das auch mit den deutschen Militärausgaben, die trotz Erhöhung noch weit unter dem Nato-Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen würden.

Die Pläne der USA für einen Abzug waren laut Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) in der US-Regierung nicht optimal abgestimmt. „Also da scheint es noch viel Gesprächsbedarf innerhalb der amerikanischen Regierung zu geben“, sagte Maas am Montag im ZDF-Morgenmagazin.

##### **„Weitere Aggressionen“ aus Moskau**

Republikanische Abgeordnete in den USA haben inzwischen ihre Sorge über einen möglichen Teilabzug ausgedrückt. „Wir glauben, dass solche Schritte die nationale Sicherheit der USA erheblich schädigen und die Position Russlands zu unserem Nachteil stärken würden“, heißt es in einem Brief an Trump, den mehr als 20 Republikaner des Militärausschusses im Abgeordnetenhaus unterzeichneten.

Man glaube zwar, dass Nato-Verbündete wie Deutschland mehr zur gemeinsamen Verteidigung beitragen sollten, doch die Reduzierung der US-Soldaten in Europa könne zu „weiteren Aggressionen“ aus Moskau führen. Aus Sicht der Abgeordneten würde dies auch logistische Probleme mit sich bringen. Über Deutschland werden Truppen zu amerikanischen Militärstützpunkten in der ganzen Welt verlegt.

#### **vormittags:**

##### **de.sputniknews.com: Nordkorea prüft Möglichkeit für Truppenentsendung in entmilitarisierte Zone**

Nordkorea prüft die Möglichkeit, seine Armee in die entmilitarisierte Zone an der Grenze zu Südkorea zu schicken. Das geht aus einer Erklärung des Generalstabs der Koreanischen Volksarmee hervor, die von der Nachrichtenagentur KCNA publik gemacht wurde. Getan werde dies zur „Verwandlung der Grenze in eine Festung und Verstärkung der Militärwachsamkeit gegenüber dem Süden“, heißt es im russischen Text der entsprechenden Mitteilung.

„Unsere Armee beobachtet die Situation genau, in der sich die innerkoreanischen Beziehungen immer wieder verschlechtern.“

Nordkorea werde „unverzüglich und konsequent“ alle Maßnahmen der Partei und der Regierung erfüllen.

Derzeit würden Pläne geprüft, wonach die Armee wieder in Zonen vorstoßen könne, die mit einem Abkommen zwischen den beiden Ländern entmilitarisiert worden seien.

Details zu den Zonen, in die das Militär wieder eintreten könnte, wurden nicht genannt.

Die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap meldet ihrerseits, dass es höchstwahrscheinlich Gebiete der Stadt Kaesong und des Gebirges Kumgang sein könnten, die für gemeinsame Projekte zur Errichtung von Industrie- und Tourismuszonen genutzt wurden.

Die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea verschlechterten sich innerhalb der letzten zwei Wochen. Anfang Juni hatte Pjöngjang gedroht, Kontakte, darunter auch über das Verbindungsbüro, abzubrechen, sollte Seoul nicht davon absehen, Luftballons mit Aufklärungsmaterialien über die Grenze ins Nachbarland zu schicken. Nordkorea hatte daraufhin die Abschaltung sämtlicher Kommunikationskanäle mit Südkorea angekündigt. Die Schwester des Staatschefs von Nordkorea und zugleich erste Vize-Leiterin der Abteilung des Zentralkomitees der Arbeitspartei Koreas, Kim Yo-jong, hat später erklärt, dass das Land bald neue Maßnahmen in Bezug auf Südkorea ergreifen werde.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32303/51/323035177\\_0:142:3072:1800\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_099769f2010c07ebb9372375631729d9.jpg.webp](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32303/51/323035177_0:142:3072:1800_1000x0_80_0_1_099769f2010c07ebb9372375631729d9.jpg.webp)

de.sputniknews.com: **Nordkorea sprengt Verbindungsbüro an der Grenze – Seoul**

Nordkorea hat nach südkoreanischen Angaben das innerkoreanische Verbindungsbüro in der Grenzstadt Kaesong gesprengt.

Die Sprengung sei am Nachmittag (Ortszeit) erfolgt, sagte eine Sprecherin des Vereinigungsministeriums in Seoul am Dienstag. Nähere Einzelheiten waren zunächst nicht bekannt.

Zuvor war berichtet worden, dass Nordkorea die Möglichkeit prüft, seine Armee in die entmilitarisierte Zone an der Grenze zu Südkorea zu schicken. Das geht aus einer Erklärung des Generalstabs der Koreanischen Volksarmee hervor, die von der Nachrichtenagentur KCNA publik gemacht wurde.

Anfang Juni hatte Pjöngjang gedroht, Kontakte, darunter auch über das Verbindungsbüro,

abzubrechen, sollte Seoul nicht davon absehen, Luftballons mit Aufklärungsmaterialien über die Grenze ins Nachbarland zu schicken. Nordkorea hatte daraufhin die Abschaltung sämtlicher Kommunikationskanäle mit Südkorea angekündigt.

Seit seiner Eröffnung im September 2018 setzen sich die beiden Koreas über das interkoreanische Verbindungsbüro zwei Mal täglich in Verbindung.

Die Streitkräfte beider Koreas hatten über die militärischen Kommunikationsleitungen täglich um 9:00 und 16:00 Uhr Telefonate geführt.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32738/17/327381770\\_0:419:2500:1772\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_9e58fa79abe918a766318fc035120467.jpg.webp](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32738/17/327381770_0:419:2500:1772_1000x0_80_0_1_9e58fa79abe918a766318fc035120467.jpg.webp)

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. Juni wurde nach Angaben von Beobachtern der Vertreter der LVR im GZKK ein Feuerangriff von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt:

Aus Richtung Nowotoschkoskoje wurde **Donezkij** mit Schützenpanzerwaffen (15 Schüsse) beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: „Falls nötig“: US-Senatsausschuss genehmigt 10 Millionen Dollar für Vorbereitung von Atomtests

Der US-Senatsausschuss für Streitkräfte hat einen Änderungsantrag unterstützt, der die für die Durchführung eines Atomtests erforderliche Zeit verkürzen soll. Dies berichtet die Zeitung „The Hill“.

Der von Senator Tom Cotton eingebrachte Änderungsantrag könnte mindestens 10 Millionen US-Dollar bereitstellen, um „Projekte umzusetzen, die mit der Verkürzung der für die Durchführung eines Atomtests erforderlichen Zeit zu tun haben, wenn nötig“. Dies geht aus einer Kopie des entsprechenden Dokuments hervor, die der Zeitung vorliegt.

Die Änderung sei in einer Abstimmung mit 14 zu 13 Stimmen während einer Tagung des Ausschusses zum National Defense Authorization Act (NDAA) vorgenommen worden, die in der vergangenen Woche hinter verschlossenen Türen stattgefunden habe, wie eine Assistentin im US-Kongress gegenüber der Zeitung mitteilte. Der NDAA ist ein Gesetz, das den Haushalt des US-Verteidigungsministeriums bestimmt.

Der Ausschuss hatte am Donnerstag bekanntgegeben, den diesjährigen NDAA gebilligt zu haben. Eine Zusammenfassung wurde veröffentlicht, aber der vollständige Text und der Ausschussbericht, einschließlich aller angenommenen Änderungen, seien noch nicht veröffentlicht worden, so die Zeitung.

Das Blatt verwies darauf, dass die „Washington Post“ im vergangenen Monat unter Berufung auf Quellen berichtet hatte, die Administration Trump habe die Möglichkeit der Durchführung

des ersten Atomtests seit 1992 behandelt. Die Idee sei bei einem Treffen ranghoher Beamter von Behörden, die sich mit der nationalen Sicherheit befassen, am 15. Mai diskutiert worden. Grund für die Diskussion waren die Behauptungen der US-Regierung, dass Russland und China angeblich Atomwaffentests von geringer Leistung durchführen würden.

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 15. Juni 3:00 Uhr bis 16. Juni 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 3. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Sajzewo, Sosnowskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 40.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 15.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

### **de.sputniknews.com: „Nicht zur Verteidigung Deutschlands“: Berlin antwortet auf Trumps Vorwürfe**

Die deutsche Botschafterin in den USA Emily Haber hat nach Kritik des US-Präsidenten Donald Trump an Deutschland gesagt, dass US-Truppen in Deutschland seien, um die transatlantische Sicherheit zu verteidigen, nicht Deutschland.

Es gehe aber auch um amerikanische Sicherheit, sagte Haber.

Damit reagierte Haber auf die Vorwürfe Trumps, Deutschland zahle Russland Milliarden Dollar für die Energie und die USA sollten Deutschland vor Russland verteidigen. Außerdem bestätigte Trump seine Pläne zum Truppen-Abzug aus Deutschland. Grund seien angeblich mangelhafte Zahlungen Berlins in die Nato-Kasse.

US-Soldaten seien außerdem in Europa präsent, um die US-Macht in Afrika und Asien zu zeigen. Die Zusammenarbeit in militärischen und in Sicherheitsfragen sei immer sehr eng gewesen und werde es auch bleiben, sagte Haber weiter.

Am Montag hatte Trump seine Pläne betätigt, das US-Kontingent um 9500 auf 25.000 Soldaten zu senken.

Warum zahle Deutschland Russland Milliarden von Dollar für Energie und die USA sollen dann Deutschland vor Russland schützen, empörte sich Trump. Das funktioniere nicht, sagte Trump.

Die Bundesregierung schulde der Nato „Milliarden von Dollar“. Solange Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, werde das Kontingent reduziert, hieß es.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32738/18/327381896\\_475:245:1475:786\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_e35bd86ad16b1c9d2c81165b8f8a3347.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32738/18/327381896_475:245:1475:786_1000x0_80_0_1_e35bd86ad16b1c9d2c81165b8f8a3347.jpg)

### de.sputniknews.com: **Gorbatschow-Stiftung fordert von China mehr Atom-Transparenz**

Die Gorbatschow-Stiftung wirft den USA vor, das internationale Vertragswerk über Atomwaffenbegrenzung zu kippen. In ihrem Bericht „Pandemie als Herausforderung und neues Denken im 21. Jahrhundert“ fordert die in Moskau ansässige Stiftung zudem von China mehr Transparenz bei den Atomwaffen.

In dem Bericht reflektiert ein Autorenteam um Michail Gorbatschow, Ex-Präsident der Sowjetunion und Chef der 1991 von ihm gegründeten „Internationalen Stiftung für sozialwirtschaftliche und politologische Studien“ (kurz „Gorbatschow-Stiftung“), über die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Weltpolitik. Das Papier liegt Sputnik vor. Die Autoren betonen die Notwendigkeit, den Abrüstungsprozess wieder zu beleben, und nennen diese Aufgabe insbesondere unter den aktuellen Bedingungen wichtig und realistisch. Sie räumen ein, dass die Abrüstung jetzt dadurch erschwert werde, dass die US-Administration Donald Trump das gesamte Vertragswerk, das die Atomwaffen begrenzt, auf die Kippe gestellt habe.

„Die US-Administration erklärt, dass effektive Vereinbarungen in diesem Bereich nur mit China möglich wären. Auch wenn diese Forderung demagogischen Charakter hat (die Atomwaffenarsenale der USA und Russlands übertreffen das chinesische Arsenal immer noch um ein Mehrfaches), hat die internationale Gemeinschaft dennoch das Recht, von China mehr Transparenz im Bereich der Atomwaffen zu fordern.“

Als erster Schritt könnten sich die führenden Militärmächte öffentlich dazu bekennen, sich beim Aufbau ihrer Streitkräfte von den „Grundsätzen der vernünftigen Suffizienz und Transparenz“ leiten zu lassen, so der Bericht. „Es ist nicht auszuschließen, dass auch China sich dieser Formulierung anschließen wird.“

In dem Bericht wird auch die Verantwortung Russlands als eine der beiden wichtigsten Atomwaffenmächte betont und an aktive Abrüstungsbemühungen der Sowjetunion in den späteren 1980ern erinnert.

**Mzdnr.ru: Am 15. Juni wurden in der DVR 21 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, teilt das Gesundheitsministerium mit.**

**Einer der neuen Fälle ist aus der RF eingetroffen. Die übrigen neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Infizierten, darunter sind neun medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.**

**Acht Personen wurden nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.**

Außerdem gab es fünf Todesfälle – zwei Männer im Alter von 74 und 60 Jahren, zwei Frauen im Alter von 52 Jahren und eine im Alter von 54 Jahren.

Am 16. Juni und 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 854 Fälle von Infektionen registriert. 594 Patienten sind derzeit in Behandlung, 217 als gesund entlassen, es gibt 43 Todesfälle.

### de.sputniknews.com: **Drei Raketen gehen in der Nähe des internationalen Flughafens Bagdad nieder**

Drei Raketen sind in der Nacht auf Dienstag in der Nähe des internationalen Flughafens Bagdad niedergegangen. Dies berichtete die irakische Nachrichtenagentur INA unter Verweis auf Sicherheitsbehörden des Landes.

„Drei Raketen fielen nach Mitternacht in der Nähe des internationalen Flughafens von Bagdad, es gibt keine Schäden“, hieß es in der Mitteilung. Zu Verletzten oder Todesopfern gab es keine Angaben.

Im westlichen Teil Bagdads entdeckten demnach irakische Sicherheitskräfte einen Raketenwerfer, mit dem der Angriff verübt worden war. Auch unbenutzte Geschosse seien gefunden und entschärft worden.

Der internationale Flughafen von Bagdad war mehrmals mit Raketen beschossen worden. Üblicherweise führen die Raketenangriffe zu keinen erheblichen materiellen Schäden und fordern keine Todesopfer. Laut Quellen in irakischen Sicherheitsbehörden zielen die meisten dieser Angriffe auf den nahegelegenen Militärflugplatz ab, auf dem US-Militärs stationiert sind.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32607/85/326078593\\_0:109:2931:1695\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_58490604744ae7f5bcf8f14dc7cd5d66.jpg.webp](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32607/85/326078593_0:109:2931:1695_1000x0_80_0_1_58490604744ae7f5bcf8f14dc7cd5d66.jpg.webp)

### **nachmittags:**

#### de.sputniknews.com: **Russische Auslandsvertretungen erhalten Droh-E-Mails – Moskau**

Russische Einrichtungen in anderen Ländern bekommen nach Angaben des Außenministeriums in Moskau ab und zu Drohungen per E-Mail. Obwohl sich die Drohungen als falsch erweisen, arbeiten die zuständigen Behörden daran, die Absender zu identifizieren.

„Ausländische Vertretungen Russlands bekommen periodisch leider E-Mails mit Drohungen, die sich in der Regel als falsch erweisen“, teilte ein Außenamtssprecher Sputnik mit.

So habe es Anfang Juni eine Welle von Drohungen gegen russische Botschaften gegeben. Die Sicherheitsdienste der russischen Einrichtungen im Ausland würden mit den zuständigen Behörden vor Ort zusammenarbeiten, um die Urheber der Briefe festzustellen und weitere Drohungen zu verhindern, hieß es aus dem Außenamt. Das Absenden von Drohbrieffen sei

strafbar.

### de.sputniknews.com: **Unruhen in Dagestan: Etwa 400 Bürger Aserbaidischans beteiligt**

In einem zeitweiligen Lager, in dem sich derzeit Bürger Aserbaidischans befinden, ist es zu massiven Unruhen gekommen. Der Auslöser dafür war die Tatsache, dass die Aserbaidischaner aufgrund der Corona-Ausbreitung und Grenzschließung nicht in ihr Heimatland zurückkehren konnten.

Am Dienstag hatten russische Medien berichtet, dass es in einem Lager in Dagestan zu Unruhen gekommen sei. Circa 400 Bürger Aserbaidischans waren beteiligt, so das lokale Ermittlungskomitee. Sie hätten versucht, die föderale Autobahn „Kawkas“ (Kaukas) zu sperren.

Der amtierende Chef der Bezirks Derbentski (Verwaltungs- und Gemeindebezirk in der russischen Republik Dagestan – Anm. d. Red.) hatte zuvor mitgeteilt, dass Bürger Aserbaidischans vier Polizeibeamte attackiert und ihre Autos zerschmettert hätten. Der Grund dafür sei, dass sie aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht nach Hause können. In der Nacht soll sich die Situation stabilisiert haben.

„Laut vorläufigen Angaben sind am 15. Juni gegen 20:30 Uhr Bürger Aserbaidischans, etwa 400 Menschen, die mit der Organisation ihrer Grenzüberquerung nach Aserbaidischan unzufrieden waren (...), auf die föderale Autobahn ‚Kawkas‘ gegangen und haben versucht, die Straße zu sperren“, heißt es in der offiziellen Mitteilung des lokalen Ermittlungskomitees. Als die Polizisten sie beruhigen wollten, kamen Steine und „andere Gegenstände“ zum Einsatz.

Sieben Polizisten wurden demnach verletzt sowie fünf Dienstfahrzeuge beschädigt.

### **Lager in Dagestan**

Mitte Mai hatte Russlands Zivilschutzministerium mitgeteilt, dass in Dagestan ein Punkt für die zeitweilige Unterkunft und Ernährung für die Bürger Aserbaidischans eingerichtet worden war, die wegen der zeitweiligen Grenzschließung nicht ins Heimatland zurückkehren konnten. Demnach standen damals 15 Zelte für die Beherbergung von 210 Menschen zur Verfügung. Es gab Wasser und Essen und die Möglichkeit, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

### **Corona in Russland**

Russland hatte Ende März im Kampf gegen die Corona-Pandemie seine Grenzen geschlossen. Es gab einzelne Rückkehrflüge für russische Bürger aus dem Ausland. Darüber hinaus erfolgen derzeit Güter-, Post-, sanitäre und humanitäre Flüge.

Laut den jüngsten Behördenangaben wurden in Russland insgesamt 545.458 Corona-Fälle registriert. Gestorben sind 7284 Menschen und mehr als 294.000 genesen.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31960/23/319602355\\_0:0:3000:1620\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_daeb195388ffb2af8d67c2e913667f6f.jpg.webp](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31960/23/319602355_0:0:3000:1620_1000x0_80_0_1_daeb195388ffb2af8d67c2e913667f6f.jpg.webp)



de.sputniknews.com: **Bombenexplosion auf Route von russisch-türkischer Patrouille in Idlib – Verteidigungsministerium**

Auf der Route der russisch-türkischen Patrouille im syrischen Idlib ist es laut dem Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, zu einer Bombenexplosion gekommen.

„Während der gemeinsamen Patrouille auf der Route zwischen den Ortschaften Ariha und Urum al-Jawz haben Kämpfer versucht, einen Terrorakt zu verüben, um somit die Überwachung der Lage entlang der Autostraße M4 zu unterbinden“, so Konaschenkow. Durch die Explosion eines Sprengsatzes wurde demnach ein russischer Transportpanzer beschädigt. Unter den Militärs gebe es keine Verletzten.

Die Technik und russische Militärs kehrten zu ihrem Stationierungspunkt zurück.

Am 5. März hatten der russische Präsident, Wladimir Putin, und sein türkischer Amtskollege, Recep Tayyip Erdogan, nach mehrstündigen Verhandlungen in Moskau eine Vereinbarung zu Syrien unterzeichnet. Darin bekräftigen sie ihr Bekenntnis zum „Astana-Format“, rufen eine Feuerpause aus und einigen sich auf gemeinsame Patrouillen entlang der wichtigen Verkehrsader M4, die von Kämpfern kontrolliert wird. Die erste russisch-türkische Patrouille fand am 15. März statt.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32690/62/326906203\\_0:28:1182:667\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_3061511399ee16d30b55657737ecc380.jpg.webp](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32690/62/326906203_0:28:1182:667_1000x0_80_0_1_3061511399ee16d30b55657737ecc380.jpg.webp)

de.sputniknews.com: **Irans Außenminister dankt Lawrow für dessen Bemühungen zur Rettung des Atomdeals**

Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif hat sich bei seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow für dessen Bemühungen zur Rettung des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans für das iranische Nuklearprogramm (JCPOA) bedankt.

„Was die USA jetzt zu tun versuchen, ist empörend. Ich möchte Ihnen persönlich für Ihre Bemühungen, für Ihre Briefe an den UN-Generalsekretär danken und ich möchte mich für die Arbeit bedanken, die unsere Freunde (der russische Vize-Außenminister – Anm.d.Red.) Sergej Rjabkow und die ständigen russischen Vertreter in Wien und New York unternehmen, damit der US-Plan und leider auch die US-Zusammenarbeit mit den übrigen JCPO-Ländern nicht zu einer vollständigen Katastrophe geführt haben“, sagte Sarif am Dienstag bei einem Treffen mit Lawrow in Moskau.

Der iranische Chefdiplomat betonte, dass die Vereinigten Staaten immer noch beabsichtigen würden, das Atomabkommen zu ruinieren. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32738/31/327383188\\_0:0:3291:1780\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_5add05860bd15d32407369c0b38d0b9e.jpg.webp](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32738/31/327383188_0:0:3291:1780_1000x0_80_0_1_5add05860bd15d32407369c0b38d0b9e.jpg.webp)

### de.sputniknews.com: **US-Pläne zur Verlängerung des Waffenembargos gegen den Iran werden nicht in Erfüllung gehen – Lawrow**

Die Pläne der Vereinigten Staaten, das Waffenembargo gegen den Iran zu verlängern, werden laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow nicht in Erfüllung gehen. Sie widersprechen ihm zufolge grundsätzlich dem Völkerrecht.

„Ich bin davon überzeugt, unabhängig davon, wer noch von den Mitgliedern des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA) bereit sein wird, den Plänen der Vereinigten Staaten eine Abfuhr zu erteilen, dass diese Pläne nicht in Erfüllung gehen werden, da sie grundsätzlich dem Völkerrecht widersprechen“, sagte Lawrow am Dienstag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem iranischen Amtskollegen, Mohammed Dschawad Sarif, in Moskau.

„Ich kann keine Garantie für die Position anderer Mitglieder des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA), vor allem der europäischen Mitglieder des JCPOA, geben, die sich unter großem Druck der Vereinigten Staaten befinden. Dabei beinhaltet dieser Druck nicht ganz korrekte Methoden wie Drohungen im Handels- und Wirtschaftsbereich sowie in anderen Gebieten der Beziehungen zwischen Verbündeten im nordatlantischen Bündnis“, fügte Lawrow hinzu.

Die Tatsache, dass jene, die die Vereinigten Staaten unterstützen oder versuchen möchten, den Vereinigten Staaten teilweise zu helfen, keine rechtlichen Argumente hätten, liege auf der Hand.

### **USA legen neuen Waffenembargo-Entwurf gegen den Iran vor**

Am 6. Juni hatten die Vereinigten Staaten Russland, Deutschland, Frankreich, Estland und Großbritannien einen Resolutionsentwurf des UN-Sicherheitsrates zur Fristverlängerung des Waffenembargos gegen den Iran geschickt.

Daraufhin hatte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja erklärt, er sehe keine Gründe, warum ein Waffenembargo gegen den Iran verhängt werden sollte. Es laufe am 18. Oktober ab, das sei eine vorläufige Maßnahme gewesen.

### **Waffenembargo gegen den Iran**

Im Juli 2015 hatten die 5+1-Staaten (die fünf UN-Vetomächte China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA sowie Deutschland) und der Iran ein Abkommen erzielt, welches die Entwicklung von Atomwaffen durch Teheran unmöglich machen sollte. Der Iran verpflichtete sich, wesentliche Teile seines Atomprogramms zu beschränken. Im Gegenzug wurden Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen den Iran aufgehoben.

Anfang Mai 2018 hatte US-Präsident Donald Trump angekündigt, dass die USA sich aus dem

Atomabkommen mit dem Iran zurückziehen würden. Trump hatte die umfassenden Sanktionen gegen den Iran erneut veranlasst, die vorher im Ergebnis des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) ausgesetzt worden waren.

Daraufhin kündigte die iranische Führung an, sich künftig nicht mehr an die Beschränkungen für die Zahl der Zentrifugen zur Urananreicherung zu halten. Das Land wolle jedoch die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) fortsetzen und werde bei Aufhebung der Sanktionen seine Verpflichtungen wieder erfüllen, hieß es in Teheran.

### armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.06.2020**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden dreimal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

**In Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 35. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Palas **Sajzewo (Jushnoje)** und **Dolomitnoje** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

**In Richtung Mariupol** haben Kriegsverbrecher der 10. Brigade unter Führung Subanitschs **Sosnowskoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden von unseren Beobachtern noch ermittelt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure Palas und Subanitsch hinzuzufügen.

Die Möglichkeit einer Infektion mit einer lebensgefährlichen Krankheit ist nicht der einzige Grund für den schlechten psychischen Zustand der ukrainischen Soldaten. **Noch nicht in der Zone der Strafoperation eingetroffen, haben die Kämpfer der 35.**

**Marineinfanteriebrigade bereits Verluste erlitten.** Bei der Entladung von Militärtechnik an einem Bahnsteig im Gebiet von Konstantinowka stürzte aufgrund unsachkundiger Handlungen eines Fahrers ein selbstfahrendes Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“ um. Infolge des Vorfalls wurden zwei Soldaten, die den Verkehr bei der Entladung der Militärtechnik regelten – Fedosejkenko und Tkatschenko – ohne Lebenszeichen unter dem Panzerfahrzeug hervorgezogen.

Bisher hat das Brigadekommando den Vorfall nicht an den übergeordneten Stab gemeldet. Es werden Maßnahmen ergriffen, um die Verluste zu verheimlichen.

Gleichzeitig wurden dank einer Quelle in der 79. Brigade Einzelheiten der heimlichen Verschwindens des Soldaten D.G. Komissarow von denen Positionen bekannt, dessen Leiche in einem vollgelaufenen Schützengraben gefunden wurde, Kriminalisten haben auch drei Stichverletzungen an ihm bemerkt. Es wurde ein Strafverfahren bezüglich Mord auf den Frontpositionen aufgenommen.

Die aus der Zone der Strafoperation abziehenden ukrainischen Kämpfer der 58. Brigade unterschieden sich nicht von ihren Vorgängern und haben auch einen **Versuch unternommen, Schusswaffen in die Tiefe des Landes auszuführen.** Während der Durchsuchung eines zur Verladung vorbereiteten Fahrzeugs durch Mitarbeiter des SBU und des militärischen Rechtsordnungsdienstes wurde ein Versteck mit Waffen entdeckt. Gemäß vorliegenden Angaben befanden sich in dem Versteck sechs Maschinenpistolen AK-74 (301 502, 130 569, 855 196, 996 023, 138 366, 699 236), 20 Granaten F-1 mit mit dazugehörigen Zündern sowie mehr als 5000 Patronen des Kalibers 5,45mm.

Gemäß den Materialien der Ermittlung wurden die an diesem Verbrechen Beteiligten gefunden, es sind der Feldwebel W. Pilipenko und der Fähnrich I. Iwachno, die diese Waffen gestohlen und dann in die Liste für die Verwendung bei der Führung von Kampfhandlungen

eingetragen und in Absprache mit dem Leiter der Raketenartilleriedienstes der Brigade als im Verlauf der Explosion eines Unterstands im Gebiet von Nowgorodskoje verloren abgeschrieben haben.

Nach den Worten der Festgenommenen wurden diese Waffen gestohlen, um bei der Ankunft im ständigen Stationierungspunkt im Konotop in der Oblast Sumy an Vertreter von Zellen der nationalistischen Partei „Swoboda“ unter Führung von W. Wolga verkauft zu werden.

Wir haben mehrfach das **hohe Niveau der Korruption** in den Verbänden und Truppenteilen in der OOS-Zone benannt. Das Kommando der Besatzungskräfte deckt als unmittelbares Glied der Korruptionsskette die Kriegsverbrecher auf jegliche Weise. Die Ausmaße der Diebstähle haben ein solches Maß erreicht, dass sich die Finanzabteilung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte einmischen musste.

So wurden uns Korruptionsschemata in der 128. Gebirgssturmbriade von Seiten des Kommandeurs Gontschruk bekannt, der zur Ablenkung angeblich im Rahmen der Ausführung des Befehls des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte „Über die militärische Pflicht und den Militärdienst“ Soldaten, die den Truppenteil eigenmächtig verlassen haben oder desertiert sind, entlässt. Vertreter der Kommission haben grobe Verletzungen im finanziellen Bereich entdeckt, es fehlen die Befehle über Soldaten, die eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben, es wurden 130 „tote Seelen“ entdeckt, für die der Brigadekommandeur den Sold erhalten hat. Die Verluste für den Staat im Zeitraum des Aufenthalts des Verbandes in der OOS-Zone betragen mehr als 1,5 Mio. Griwna. Derzeit gibt Gontschruk Erklärungen ab, es läuft eine Suche nach an den finanziellen Machenschaften beteiligten Personen.

#### de.sputniknews.com: **Annäherung an Russlands Grenzen: Kreml kritisiert engere Nato-Partnerschaft der Ukraine**

Moskau hat den neuen Status einer noch engeren Partnerschaft der Nato mit der Ukraine kritisiert. Laut Kremlsprecher Dmitri Peskow dient die Annäherung an Russlands Grenzen nicht der Sicherheit in Europa.

„Wir verhalten uns immer wachsam gegenüber einer Annäherung der militärischen Infrastruktur der Nato an unsere Grenzen und sehen uns diesbezüglich veranlasst, entsprechende Vorkehrungen für unsere eigene Sicherheit zu treffen“, sagte Peskow am Dienstag russischen Medien zufolge.

Laut dem Kremlsprecher berücksichtigt Moskau auch immer die Ausrichtung der Nato und ihre ursprünglichen Ziele. Schließlich sei das Atlantische Bündnis als ein Mechanismus der Konfrontation geschaffen worden.

„Natürlich verfolgen wir das Vorgehen immer mit hoher Aufmerksamkeit, wenn die Nato, sagen wir mal so, immer neue Länder auf unterschiedliche Weise absorbiert“, so Peskow.

„Wir sind nicht der Auffassung, dass das der Festigung der Sicherheit und Stabilität in Europa dient.“

Die Ukraine sieht Russland seit dem Konflikt im Donbass und dem Beitritt der Halbinsel Krim zu Russland zunehmend als Gefahr. Die Ex-Sowjetrepublik setzt deshalb zur Abschreckung Moskaus auf die Nato.

Die Nato hatte am Freitag mitgeteilt, die im Konflikt mit Russland stehende Ukraine in das sogenannte „Enhanced Opportunities Program“ (EOP) aufzunehmen. Damit bekommt die Ukraine erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten an Nato-Manövern und Kooperationsprojekten sowie Zugriff auf ausgewählte geheime Bündnisinformationen.

Diplomaten im Westen betonten, dass der neue Status keinen weiteren Schritt in Richtung einer Nato-Mitgliedschaft darstelle. Die Ukraine ist seit Jahren ein Partner der Nato, stellt Truppen für die Bündniseinsätze in Afghanistan und im Kosovo. Auch eine Beteiligung an ausgewählten Manövern gibt es seit längerem. Die Ukraine hatte den neuen Status mit Freude und Dankbarkeit aufgenommen.

de.sputniknews.com: **Bereits 42 Staaten schließen sich der Anti-Terror-Datenbank des FSB an – Bortnikow**

Bereits 42 Staaten und acht internationale Organisationen haben sich laut dem Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Alexander Bortnikow, der von der Behörde zu erstellenden internationalen Anti-Terror-Datenbank angeschlossen.

„Im Jahr 2009 haben wir mit der Bildung einer internationalen Datenbank, einer Datenbasis, begonnen, die Informationen verschiedener Art, die Taten, Ereignisse, konkrete Personen, die mit dem terroristischen Hintergrund zu tun haben, in sich vereinen würde. Bisher haben sich bereits 56 Geheimdienste aus 42 Staaten und acht internationale Organisationen dieser internationalen Datenbank angeschlossen“, sagte Bortnikow am Dienstag zu dem russischen Staatschef, Wladimir Putin.

Laut dem FSB-Chef besteht die Idee des einheitlichen Anti-Terror-Informationsraumes darin, Informationen aus verschiedenen Staaten, Geheimdiensten und Sicherheitskräften zu vereinigen, um sie effektiv nutzen zu können.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32738/37/327383730\\_26:199:2961:1787\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_443554618f2cafdcdb03c62288edd030.jpg.webp](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32738/37/327383730_26:199:2961:1787_1000x0_80_0_1_443554618f2cafdcdb03c62288edd030.jpg.webp)

de.sputniknews.com: **Iran ist über US-Druck auf Syrien besorgt – Außenminister** © Foto : **Pressedienst des russischen Außenministeriums**

Der syrische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif hat bei den Verhandlungen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow Teherans Besorgnisse über den wirtschaftlichen Druck geäußert, den die Vereinigten Staaten auf Syrien ausüben.

„Wir sind besorgt über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Syrien und die Versuche der USA, wirtschaftlichen Druck auf Syrien auszuüben, der sich auf die einfachen Menschen auswirkt“, sagte Sarif am Montag in Moskau.

„Die USA tun alles, was sie können, um unsere Region und Syrien zu destabilisieren, aber sie werden ihr Ziel nicht erreichen“, betonte er.

Die wirtschaftliche Situation in Syrien hat sich nach dem Inkrafttreten neuer US-Sanktionen im Rahmen des „Caesar-Gesetzes“ verschlimmert, das fast alle Bereiche der Wirtschaft Syriens betrifft. Die Sanktionen sollen auch ausländische Unternehmen und Privatpersonen treffen, die mit der syrischen Regierung zusammenarbeiten.

Das syrische Außenministerium bezeichnete das Vorgehen Washingtons als „Wirtschaftsterrorismus“. Der russische Botschafter in Damaskus, Alexander Jefimow, sagte in seiner Glückwunschede zum Tag Russlands, dass Russland Syrien in der Konfrontation mit dem „wirtschaftlichen Terror“ des Westens nicht allein lassen werde.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32738/40/327384050\\_0:0:3072:1663\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_a98c7fbd8a70919600b30b6f89ba6592.jpg.webp](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32738/40/327384050_0:0:3072:1663_1000x0_80_0_1_a98c7fbd8a70919600b30b6f89ba6592.jpg.webp)

### de.sputniknews.com: **Beträchtliche Investitionen: Nato will Luftverteidigung ausbauen – wegen russischer Marschflugkörper**

Die Nato will mit dem Ausbau von bodengestützten Luftverteidigungssystemen auf die Stationierung von atomwaffenfähigen russischen Marschflugkörpern in Europa reagieren. Mehrere Alliierte sollen bereits beträchtliche Investitionen in neue Fähigkeiten angekündigt haben.

Diese würden unter anderem in US-amerikanische Patriot-Systeme und europäische Abwehrsysteme vom Typ SAMP/T fließen, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Dienstag bei einer Pressekonferenz zu den bevorstehenden Gesprächen der Nato-Verteidigungsminister.

Als weitere geplante Gegenmaßnahmen nannte Stoltenberg die Anpassung von Übungen und Aufklärungskapazitäten. Zudem soll in der sogenannten Nuklearen Planungsgruppe über mögliche Anpassungen der atomaren Abschreckung gesprochen werden. Pläne für die Stationierung neuer landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen der Nato gebe es aber nicht, betonte Stoltenberg.

Ein Ausbau der Abschreckung könnte demnach zum Beispiel durch zusätzliche Übungen mit Atombombern oder nuklear bewaffneten U-Booten erfolgen. Er erwarte, dass die Verteidigungsminister einem „umfangreichen und ausgeglichenen Paket politischer und militärischer Maßnahmen“ zustimmen, sagte Stoltenberg zu dem Thema.

Die Stationierung russischer bodengestützter Marschflugkörper vom Typ 9M729 (SSC-8-Systeme) in Europa hatte im vergangenen Jahr zur einseitigen Aufkündigung des INF-Vertrags durch die USA geführt. Nach Ansicht der USA und der anderen Nato-Partner habe Russland das Abkommen mit dem besagten Raketensystem verletzt.

Dieses soll in der Lage sein, Marschflugkörper abzufeuern, die sich mit Atomsprengköpfen bestücken lassen und mehr als 2000 Kilometer weit fliegen können. Moskau weist dies zurück und gibt die Reichweite des Systems mit unter 500 Kilometern an.

Der INF-Vertrag untersagte Russland und den USA Produktion, Besitz und Tests von bodengestützten ballistischen Raketen sowie Marschflugkörpern, die eine Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern haben.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32738/42/327384228\\_0:160:1281:853\\_1000x0\\_800\\_1\\_df7d9c3340eb69e775e237b66a6b59ca.jpg.webp](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32738/42/327384228_0:160:1281:853_1000x0_800_1_df7d9c3340eb69e775e237b66a6b59ca.jpg.webp)

**abends:**

de.sputniknews.com: **Streit um Ostseepipeline erreicht neue Eskalationsstufe**

*Von Natalia Pawlowa*

Der EX-DENA-Chef Stephan Kohler sieht in den Plänen der USA, neue Sanktionen gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 zu verhängen, eine Gefahr für die am Bau beteiligten europäischen Unternehmen. Die Situation sei gefährdend für das Projekt, sagte Kohler gegenüber Sputnik.

„Die USA planen, die bestehenden Sanktionen gegen die fast fertig gebaute Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 massiv auszuweiten. Sie beabsichtigen, auch rückwirkend, sämtliche am Bau der Pipeline beteiligten Unternehmen zu sanktionieren. Davon wären auch zahlreiche europäische Unternehmen betroffen. Mit dieser aggressiven Vorgehensweise erreicht der Streit um die Ostseepipeline eine neue Eskalationsstufe. Würden die neuen Sanktionen realisiert werden, wäre dies projektgefährdend für Nord Stream 2“, betont der ehemalige Vorsitzende der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (DENA) (2006-2014) und heute Aufsichtsratsvorsitzender von Zukunft ERDGAS.

Laut dem namhaften deutschen Energieexperten braucht Europa Nord Stream 2 dringend für eine sichere und klimaverträgliche Energieversorgung. Die Gasförderung in Europa ist deutlich rückläufig. Gleichzeitig wächst der Gasbedarf durch den europaweiten Kohleausstieg. „Wir sind daher auf neue Gasimport-Infrastrukturen wie Nord Stream 2 angewiesen, um die Gasnachfrage auch in Zukunft jederzeit zuverlässig zu decken“, so Kohler.

Seinen Worten zufolge beweist der Abschluss des neuen Gasdurchleitungsvertrages zwischen Russland und der Ukraine auch, dass Nord Stream 2 nicht als Kampfinstrument gegen die Ukraine eingesetzt werde.

„Im krassen Gegensatz dazu stehen die wirtschaftlichen Interessen der USA. Sie möchten Nord Stream 2 verhindern, um eigenes LNG nach Europa zu liefern. Dies würde aber bedeuten, dass damit der Gastransit durch die Ukraine vollkommen entfällt, und damit auch die Durchleitungsgebühren für die Ukraine. Die USA verfolgen aber nicht nur energiewirtschaftliche Eigeninteressen mit diesen Sanktionen, sondern knallharte politische Machtansprüche gegenüber Deutschland und Europa. In diesem Zusammenhang steht auch die ‘Androhung’ der USA, US Soldaten aus Deutschland abzuziehen.“

Kohler wies darauf hin, dass die Europäische Energiepolitik in der EU gemacht werden müsse und nicht von den USA diktiert werden dürfe. „Derartige Sanktionen beschneiden nicht nur die Souveränität Europas. Die USA zetteln damit im Interesse ihres LNG-Exports de facto

einen Handelskrieg mit der EU an und gefährden die europäische Energieversorgung. Deutschland und Europa sollten deshalb jetzt klare und eindeutige Gegenmaßnahmen beschließen, die auch Sanktionen gegen amerikanische Unternehmen beinhalten“, unterstrich Kohler.

Nord Stream 2 ist eine Pipeline auf dem Grund der Ostsee, die Gas von Russland nach Deutschland befördern soll. Die Bundesregierung unterstützt das Projekt, doch andere europäische Länder - wie auch die USA – betrachten es als gefährlich. Laut Kritikern dieses Vorhabens kann die Pipeline Europa von russischem Gas abhängig machen. Der Fertigbau des Projektes wurde wegen der ersten USA-Sanktionen bereits verzögert. In den USA gibt es neue Pläne, die Fertigstellung des Pipeline-Projektes Nord Stream 2 mit zusätzlichen Sanktionen zu verhindern. Deutsche Unternehmen und Behördenvertreter könnten von US-Sanktionen betroffen sein.

de.sputniknews.com: **Russland setzt sich für Wiederaufnahme von Dialog mit allen Nato-Staaten ein – Lawrow**

Moskau tritt laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow für die Wiederaufnahme des Dialogs mit allen Nato-Staaten ein.

„Ich will nur sagen, dass wir für die Wiederaufnahme eines normalen Dialogs mit allen Staaten, die dem nordatlantischen Bündnis im militärischen Rahmen angehören, eintreten, um die ganze Problematik, die mit der Gewährleistung der militär-politischen Sicherheit auf dem europäischen Kontinent, im euroatlantischen Raum in einem breiteren Kontext, auf der Basis einer objektiven Analyse, auf der Basis einer objektiven Einschätzung derjenigen Risiken und Gefahren, die hier bestehen, zusammenhängt, komplexweise zu erörtern“, sagte Lawrow am Dienstag, nach einem Telefonat mit dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell.

Moskaus Vorschläge zum Abbau der Spannungen an der Berührungslinie zwischen Russland und der Nato sind laut Lawrow gut bekannt.

Darüber seien sowohl die USA als auch das nordatlantische Bündnis informiert worden. Es habe aber bisher keine konkreten Antworten gegeben, so der russische Chefdiplomat.

„Sie bleiben auf dem Tisch. Sollten die Nato-Länder dazu herangereift sein, werden wir zu konkreten Schritten zur Deeskalation bereit sein“, unterstrich er.

Russland registriert in den letzten Jahren präzedenzlose Aktivitäten der Nato an seinen Westgrenzen. Die Nato erweitert Initiativen und nennt dies „Zügelung der russischen Aggression“. Moskau hatte mehrmals seine Besorgnis wegen der Verstärkung der Kräfte der Allianz in Europa geäußert. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hatte zuvor erklärt, dass Russland für niemanden eine Gefahr darstelle, allerdings werde es für seine Interessen gefährliche Handlungen nicht unbeachtet lassen.